

Wesensgebihr
Buchdruckerei 100. 2.50, Buch 10
Nach 100. 2.75.
Kunsthand vom Einzelmarkt
Festpreis 20. Distanz 5-8 Uhr 100.
Gesamtpreis 10. Norm. 12-14 Uhr 100.
Vorbestellung 10. Die Ausgabe ist nur an
Bestellende bis 3 Uhr abnehmbar.
Die literarische Gründhalle
Preisliste 8. Zeitungen 10. Wie. Ein-
zelabdrucke auf der Unterseite Seite
seit 100. "Doppelseite" unterhalb
Druckpreis 40. Wie. Mindestabgabe 100.
Zeitung oder nach Rechnungen 20. Wie.
Für Auslandserverbindungen 100. Wie.
so Wie. noch belastbarer Tarif.
Einheitsdruck Wittenberg nur gegen
Bestellabzahlung
Entnahmen nehmen Immeldische
gewohnte Kundenentnahmeweise an.
Scheckblätter werden mit 50 Wie.
berechnet.
Der Südfalke eingerichteter Schrift-
stück ohne Preisbildung.
Die Preußische Radschriften erscheinen
täglich in Wittenberg.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-
wirtschafts-Geräthe.

42. Jahrgang

Dresden, 189

**Dr. Kadner's
Sanatorium
Heilanstalt
und Kurhaus
Niederlössnitz
bei Dresden.**

**Das ganze Jahr
geöffnet.**

**Das ganze Jahr
geöffnet.**

C. Heinrich Barthel
**Putz- und
Modewaarenhaus**
Strohhutfabrik
Neueste Modelle
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Mineralwässer,

unter niedrigster Verpackungs-Spesienrechnung.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgentor, und Pillnitz.

Sommer-Lodenjoppen, Lüsterjackets, Schiltleinenjoppen

empfiehlt in grösster Auswahl **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23**, neben dem Königl. Schloss.

Str. 154. Spiegel: Obstruktion im österreich. Parlament. Hofnachrichten. Sonderbesteuerung des Großbetriebes. Magnatenkapelle. Deuttmährische Witterung. Bahnhofsviertelverein, Sachs.-Thüring. Ausstellung, Gerichtsverhandlungen. „Gräfin Trixi“. Heiter, warm. | **Freitag, 4. Juni.**

Politisch.

Dem Zustande parlamentarischer Anarchie, der im österreichischen Abgeordnetenhaus herrschte, ist mit einem Schlag ein Ende gemacht worden. Graf Bodenl hat die Tagung mit der Motivierung geschlossen, daß die Austritte, die sich im Reichstag abgespielt haben, die parlamentarische Thätigkeit vereiteln und die Staatsinteressen beeinträchtigen müssen. Noch einmal kam es zu wütenden Austritten. Die radikale Opposition begleitete die Erklärungen des Ministerpräsidenten mit den lärmenden Rufen: Abzug Bodenl! Fort mit Bodenl! Fort mit dem Ministerium! Meder mit der Regierung! Als das Präsidium nach Schluss der Sitzung die Tribüne verlassen hatte, entstand ein großer Tumult. Offenbar in der Befürchtung, es könnte im letzten Momente von den extremen Elementen ein thätslicher Angriff gegen die Ministerbank und das Präsidium geplant sein, hatte sich die Rechte schon während der Verlesung der Erklärung des Grafen Bodenl an die Ministerbank herangedrängt, um der Linken die Annahme zu erschweren. Nun entwirrte sich unter fortbauerndem Lärm der Menschenkampf. Das Ministerium und das Bureau des Hauses waren aus dem Hause verschwunden, das sich unter Geschrei und Lärm leerte. In den Gouloirs verflüchtigte sich der grimme Dok. der die Parolen im Hause erfaßt hatte, und man nahm Abschied mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen des Hauses in der kommenden Saison sich ruhiger gehalten mögen.

Session sich ruhiger gestalten mögen.
Diem Wunsche werden sich alle Diejenigen anschließen, die eine wirksame Förderung der deutschnationalen Interessen durch die Fortsetzung der standesüben Obstruktionstatik, zu der sich die Anhänger Schönerer's mit den Hochadelstümern und den Sozialdemokraten verbündet hatten, nicht erhoffen können. Gewiss war es für die Vertreter des Deutschkonservatismus eine Pflicht der Selbsterhaltung, die Bodenl'schen Sprachenverordnungen mit der größten Entschiedenheit zu bekämpfen, und es kann auch nicht geleugnet werden, daß die geschäftswidrige Art, wie die Verhandlungen des Abgeordnetenhaus von den Vertrauensmännern der Majorität geführt worden sind, nicht wenig dazu beigetragen, die Erhöhung dieses Kampfes zu erhöhen. Aber unter allen Umständen kann es nicht gebilligt werden, daß die Opposition mit Mitteln durchgeführt wird, welche die Grundlagen des Parlamentarismus aufheben und an deren Stelle die Anarchie setzen, die jede sachliche Auseinandersetzung von vornherein unmöglich macht. Es war daher, wie Graf Bodenl erklärte, ein Gebot der staatlichen Notwendigkeit, dem revolutionären Zustände im Abgeordnetenhaus ein Ende zu bereiten, gleichviel ob die Regierung dabei zu der Erkenntnis gelangt ist, daß sie in der Frage der Sprachenverordnungen nachzugeben habe oder nicht. Bereits in dem leidenschaftlichen Kampfe, der vom Dr. Lueger und seinen Anhängern um den Wiener Bürgermeisterposten geführt worden ist, hat Graf Bodenl bewiesen, daß er sich als Realpolitiker keineswegs verpflichtet fühlt, einen Standpunkt bis zur Unbemerkbarkeit festzuhalten, sondern daß er darauf bedacht ist, Gegenseite, durch deren Fortbestehen die höchsten Staatsinteressen gefährdet werden können, auf dem Wege des Kompromisses zum Ausgleich zu bringen oder wenigstens zu mildern.

Neber die Gründe, welche die Wiener Regierung zur Schließung der Reichsrathstagung bewogen haben, gehen die Ansichten auseinander. Die radikale Opposition scheint zu befürchten, daß diese Maßregel den Zweck habe, die Aktion der Widerheit in den Wählerkreisen zu schwächen und den deutschen Abgeordneten die Sicherheit des verfassungsmäßigen Immunitätschutzes zu nehmen. Mit dem Schlusse der Session hört die Immunität der Abgeordneten auf. Man kann das Reichsrath wie vielfach

Abgeordneten auf, während, wenn der Reichsrath, wie vielfach erwartet wurde, nur vertragt worden wäre, kein Abgeordneter verhaftet oder gerichtlich verfolgt werden dürfte. Von anderer Seite wird behauptet, die Ursache des Parlamentsschlusses liege in dem Bestreben, über das Geschehene den Schwamm zu decken und etwas Neues zu beginnen. Ein bestimmter Plan sei noch nicht gefaßt worden. Man werde vorläufig eine Verhüllung der Stimmlung bei den Abgeordneten abwarten und dann den Boden einer Verständigung zu gewinnen suchen. Die Regierung wolle auf dem Boden des gegebenen Thatsatzes ein Kompromiß versuchen, und zwar soll Graf Baden beabsichtigen, durch außerparlamentarische Konferenzen mit den Führern der Deutschen Anhängergruppe zu gewinnen und eventuell Verhandlungen zur Abdankung einer Annäherung zwischen den Deutschen und den Tschechen einzuleiten. Wenn dies wirklich die Absicht des Verteidigers der Regierung sein sollte, so war jedenfalls die unerlässliche Vorausbedingung die Beseitigung der unerträglich gewordenen Parlamentsskandale und die Herbeiführung eines Waffenstillstands. Die Regierung ist einem einigermaßen ertraglichen Kompromisse durch keineswegs die allen Ansands bare Diktationspolitik zu Wege gebracht haben; die rückhalloose Schäfe, mit dem Grafen Baden diese Politik in der Bekämpfung des Parlamentsschlusses verurtheilte, beweist das Gegentheil. Ohne Zweifel hat vielmehr die Gestaltung, die die gemäßigte Gruppe des verfassungstreuen Großgrundbesitzes am Dienstag im Abgeordnetenhaus abgegeben hat, einen nachhaltigen und vielleicht bestimmenden Einfluß auf den Grafen Baden gemacht. Ist es doch gerade diese parlamentarische Gruppe, auf deren positive Mitwirkung der Ministerpräsident das größte Gewicht legt. Als der Plan mißlang, den deutlichen Großarndtsch zum Eintritt in die Regierung

majorität zu bewegen, hatte sich Baden sogar veranlaßt gelehnt, um seine Entlassung zu bitten. Man begreift daher, daß für ihn die Stellungnahme dieser Gruppe von wesentlicher Bedeutung sein muß, umso mehr, als der Weg eines Kompromisses, eines Ausgleichs zwischen Deutschen und Tschechen, nur mit Hilfe der Vertreter dieser Richtung geebnet werden kann. Der Großgrundbesitz hatte sich der Obstruktion nicht angegeschlossen; er verzerrt diese, kann aber andererseits nicht umhin, die Auslegung und Anwendung der Geschäftsvorordnung durch die Vicepräsidenten zu missbilligen. Die Erklärung dieser Gruppe gipfelte in dem Bedauern, daß die parlamentarischen Einrichtungen Gefahr laufen, schwer kompromittiert zu werden, ohne daß von berufener Seite irgend etwas unternommen wird, um durch Beseitigung der lieferlegenden Ursachen dieser Erscheinungen Wandel zu schaffen und zugleich die Möglichkeit herzustellen, daß das Haus die ihm obliegenden Arbeiten aufnehmen könne. Die vornehme Ruhe und der eindringliche Ernst dieser Ermahnung sind ungleich wirksamer als alle jene abschrecklichen Gewaltmittel, die von der Obstruktion ausgeboten werden sind, um den Grafen Baden mürbe zu machen.

Nicht bloß von uns, den „Dresdner Nachrichten“, sondern auch von allen deutschen Blättern, die es mit der deutschen Sache in Österreich ernst meinen, ist die Obstruktion, durch die der vorgezige Schluss der Reichsratsdebatte notwendig wurde, mit Entschiedenheit verurtheilt worden. Natürlich haben wir uns wegen dieser Haltung den Zorn der Schönerer'schen Radikal- und Massenantisemiten zugezogen. In sachlicher Polemik kommt dieser Zorn freilich nicht zum Ausdruck, ebensowenig wie bei den gleichgesinnten Brüdern aus der Zimmermann'schen Reformpartei, die nur noch schlängeln und verleumden können, jetzt wie unablässigt die Pflicht erfüllen, vor ihnen zu warnen, weil sie die grösste Gefahr für den ernsten Antisemitismus sind und den nationalen Gedanken diskreditieren. Wer von dem törichten Treiben eines Schönerer und eines Zimmermann Augen hat, das wissen wir in Sachen am besten, sicherlich nicht daß Deutschtum und die Monarchie; nach einem kurzen Rausch, den die Phrasen jolcher Agitatoren erzeugen, folgt ein Knobengammer und alle anständigen und wahrhaft nationalen Staatsbürger wenden sich von Diesen mit Ekel und Schamgefühl ab. Das lasse man sich in Österreich gesagt sein! Es hieße den deutschnationalen Standpunkt verlängern, wenn man jene Obstruktion nicht mit Energie bekämpfen würde. Wenn die deutschen Obstruktionisten im Wiener Reichsrat jedoch jetzt treu und selbstlos die deutschnationalen Interessen vertreten hätten, dann würde heute das Deutschtum in der habenburgischen Monarchie ein so machtvollles staatserhaltendes Element sein, daß die Vergewaltigung durch die Baden'schen Sprachenverordnungen niemals hätte erfolgen können. Das Bündnis des rabidal-demagogischen Antisemitismus mit dem Judentum-liberalismus und der verjüdeten Sozialdemokratie wird schließlich nur die Geschäfte des internationalen Judentums fördern. Das ist auch die Ansicht der Wiener Antisemiten, der Christlich-Sozialen unter Queger's Führerung. Gutevid ichreß fürglich ein Organ dieser Richtung: „Obstruktion in der Frage der Sprachenverordnungen! das war der glänzende Punkt, nach dem das Judentum so lange gesucht hatte, um die Aufmerksamkeit zu fesseln und sie abzulenken von der sozialen und der Judentragedie. In Wien und Niederösterreich geschlagen, in Böhmen und Mähren auf's Neuerste bedroht, glaubt der Judentumsliberalismus in dem Kampfe gegen die Sprachenverordnungen das Mittel gefunden zu haben, nicht nur seine verblichne Popularität aufzuholchen, sondern auch die antisemitische Bewegung zu zersplittern und dadurch den Durchbruch in Ungarn zu facilitieren in Österreich zu restau-

Zertifikats- und Zertifizierungsberichte vom 3. Juni

Berlin. Prozeß Tausch. (9. Febr.) Der Präsident formulierte folgende den Geschworenen vorzulegende Schlußfragen: 1. Ist der Angeklagte v. Lühnow schuldig, durch Vorstellung falscher oder Entstehung oder Unterfälschung wahrer Thatsachen einen Reichtum erzeugt zu haben, um sich dadurch einem rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen? 2. Ist der Angeklagte v. Lühnow schuldig, in rechtswidriger Absicht eine Urkunde fälschlich angefertigt und zum Zwecke der Täuschung davon Gebrauch gemacht zu haben? 3. Ist der Angeklagte v. Tausch schuldig, als Beamter, welche vermeide seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt mitzuwirken hat, den Angeklagten v. Lühnow in rechtswidriger Absicht der gesetzlichen Strafe zu entziehen? 4. Im Falle der Bejahung dieser Frage: Sind mildernde Umstände vorhanden? 5. Ist der Angeklagte v. Tausch schuldig, am 7. Dezember 1896 vor einer zu Abnahme von Eiden zuständigen Behörde wissenschaftlich einen Kleineid geleistet zu haben? 6. Im Falle der Bejahung dieser Frage: Konnte der Angeklagte durch Bekundung der Wahrheit eine strafrechtliche Verfolgung befürchten? — Es nimmt aledann das Wort Oberstaatsanwalt Dreicer: Ich werde mich auf Beleuchtung des allgemeinen Theils der Anklage beziehen, während Herr Staatsanwalt Eger die einzelnen Theile der Beweisaufnahme erörtern wird. Ich beginne damit, indem ich Sie an ein Votum des Herrn Vorsitzenden erinnere, das dieser bei Beginn der Verhandlung an Sie gerichtet hat: Sie mögen sich lediglich an das halten, was Sie in diesem Saale gehört haben. Ich möchte aber noch weiter geben und Sie bitten, alle Sentiments, die von den Staatsanwälten und den Vertheidigern im Laufe der Verhandlung gegeben worden sind, unbeachtet zu lassen und sich streng an das Ergebnis der Beweisaufnahme zu halten. Diese meine Bitte ist um so nothwendiger, da mehrfach von außen berichtet worden ist, Ihr Votum zu beeinflussen. Nicht bloß anonyme Briefschreiber auch die Presse hat durch alle möglichen sogenannten Stimmungsberichte Ihr Urtheil zu beeinflussen gefucht. In dieser Beziehung

ist auch der Angeklagte v. Tausch nicht irreizsprechend. Sie haben gehört, daß der Angeklagte v. Tausch noch vor dem Leidert-Vorwurfsprozeß zwei Schriftsteller gebeten hat, in der Presse für ihn Partei zu nehmen. Es ist vielsach, selbst von den Tribunals des Reichstags herab, behauptet worden: Tausch habe Hintermänner. Ich habe deshalb Herrn Wbg. Bebel als Zeugen laden lassen. Sie haben gehört, daß, als ich Herrn Bebel fragte, welche Unterlagen er besitzt, daß Tausch Hintermänner habe, Herr Bebel antwortete: Unterlagen besitzt er nicht. Sie sehen also, Alles, was über die sogenannten Hintermänner gesprochen und geschrieben worden ist, beruht auf blohen Vermutungen. Die Verhandlung hat jedenfalls nicht das Mindeste ergeben, daß Tausch einen Hintermann hat, d. h. daß er im Auftrage irgend einer hochgestellten Persönlichkeit gehandelt habe. Ich habe die Nebenzeugung, der Angeklagte hat keinen Hintermann, er hat niemals einen gehabt. Tausch hatte als Kriminalkommissar der politischen Polizei eine hohe Vertrauensstellung. Die Thätigkeit des Angeklagten beschränkte sich aber nicht auf die Überwachung der Presse, er war auch damit betraut für die persönliche Sicherheit Sr. Majestät des Kaisers und Königlicher Sorge zu tragen. Ich erkenne an, der Angeklagte v. Tausch hat sich in dieser seiner hohen Vertrauensstellung große Verdienste erworben, er hat sich aber gleichzeitig unglaubliche, unerhörte Taktlosigkeiten zu Schulden kommen lassen. Wir haben von dem Herrn Polizeipräsidenten v. Windheim gehört: Tausch war aus Anlaß keiner hervorragenden Stellung eine sehr überhebende Natur. Er fühlte sich überall hervorzuheben, er suchte auf den Gängen der Politik einzuwirken und hat auf eigene Hand Politik getrieben. Ja, er intrigierte selbst gegen seinen höchsten Chef, den Herrn Minister v. Röller und den Herrn Polizeidirektor Edardt. Es ist bewiesen, daß Lübeck sich der Urfundensäkulation schuldig gemacht hat. Der Angeklagte v. Tausch wird beschuldigt, durch Richtanzeige nach des Verbrechens im Amt schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte v. Tausch macht geltend, er habe den Lübeck nicht zur Anzeige gebracht, weil Lübeck ein tüchtiger Agent war und tüchtige Agenten selten sind und außerdem, weil er nicht wollte, daß die Angelegenheit in der Öffentlichkeit bekannt werde. Er habe somit aus Gründen des höheren Staatsinteresses von der Strafanzeige Abstand genommen. Ich gebe zu, die Agenten sind für die Polizei zur Erfüllung gewisser Aufgaben unentbehrlich. Es ist nun jedoch verständlich, daß sich nur diejenigen Elemente zu Agentendiensten vergeben, die im Leben schon einmal Schiffbruch gelitten haben. Ich bin daher der Meinung, wenn man die Agenten nun einmal nicht entbehren kann, so sollte man bei ihrer Anstellung mit größter Vorsicht zu Werke gehen und ihnen jedenfalls keinen größeren Schutz gewähren, als sie gesetzlich zu beanspruchen haben. Wohin sollte es führen, wenn Straftaten von Agenten straflos bleiben würden, weil die betreffenden Agenten tüchtig sind? Die tüchtigsten Agenten sind die unsauberen", sagte Tausch. Wenn es Praxis werden würde, Agenten straflos auszugeben zu lassen, dann wäre Jedermanns Ehre und Eigentum gefährdet. Das Staatsinteresse kann durch Strafverfolgung eines Agenten nicht gefährdet werden. In dem vorliegenden Falle war die Ehre des Herrn Ministers v. Röller und des Herrn Rulutsch gefährdet. Nun könnte man sagen, Tausch ist von Lübeck duppiert worden. Da kann die Ansicht nicht theilen. Es ist unmöglich, daß sich ein gewiechter Beamter wie Tausch vom einem Lübeck hat duppiert lassen. Wenn nun Tausch den Lübeck nicht zur Anzeige brachte, so handelte er nicht im höheren Staatsinteresse, sondern in seinem eigenen Interesse. Er wollte durch Richtanzeige des Lübeck'schen Strafhauses seine eigene Schuld verschleiern. Wohin sollte es ausführen, wenn jeder Kriminalkommissar zu entscheiden hätte, ob ein Agent wegen einer strafwürdigen Handlung zur Anzeige gebracht werden müsse oder straflos auszugeben könne. Herr Polizeipräsident v. Windheim und Herr Geh. Regierungsrath Mühl haben befunden: Der Angeklagte wäre zum Mindesten verpflichtet gewesen, seine unmittelbaren Vorgesetzten Anzeige zu machen und mit diesen zu berathen, was er zu thun habe. Der Angeklagte hat dies jedoch nicht gethan, er hat von der Strafanzeige Abstand genommen, weil er befürchtete, daß auch seine eigene Schuld an das Tageslicht kommen könnte. Es kann mithin keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Angeklagte des Verbrechens im Amt schuldig gemacht hat. Auch das Blaidover des Staatsanwalts Dr. Eger bestätigte es vornehmlich mit Herrn v. Tausch: Er ist kein prudenter Verbrecher, er will psychologisch verstanden sein. Ihm war seine Stellung zu Kopfe gestiegen, und er hatte schwere Dienstvergehen auf dem Kerbholz. Über die politischen Motivationen v. Tausch ließ sich der Staatsanwalt dahin aus: Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Tausch sich so gerirt, als wäre er bereit, die Größe und Würde seiner vorgelegten Behörde gegenüber dem Auswärtigen Amt zu wahren, gerade so, als wäre er der Polizeipräsident von Berlin. Auch die Zeugen, die ihm durchaus nicht feindselig gezeigt sind, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß er in nicht mißzuverehrenden Neuerungen auf das Ungehörige und Ungezogenste über die Person des Staatssekretärs v. Marckhall ausgebrochen habe. Niedner erinnert zur Charakteristik des Angeklagten und seines Treibens auch an die an das "Vor. Tagblatt" gerichtete anonyme Karte. Er verneint ferner darum, daß die Berichte, die v. Lübeck an Tausch über die ganze Affaire erstattet, Unrichtiges zur Darstellung brachten, daß v. Tausch genau wußte, wie unrichtig diese Berichte waren und er sie doch seinen Vorgesetzten unterbreitet habe. Zum Bergnügen oder zum Zeitvertreib lasse man sich doch nicht solche Berichte erstatzen, es ist also durchaus glaublich, daß der Angeklagte die Berichte so habe wollten, daß sie also bestellte Arbeit waren. Der Brief, den v. Tausch an den Grafen zu Eulenburg gerichtet hat, so kurz er auch sei, sprengt ganze Bände. Ganz entgegen stünde dieser Brief zu der Behauptung Tausch's, daß er den Artikel der "Welt am Montag" für unbillig und albern gehalten habe. Der Inhalt des Briefes habe doch an dahin geben können, daß Auswärtige Amt als Urheber der Verdächtigung hinzustellen. Der Staatsanwalt wendet sich dann an den Angelegenheit Leyviohn und sagt: Ich bin der Überzeugung, daß Tausch unter seinem Eide etwas Falsches ausgab, als bestätigt, die Neuerungen, bedient werde im Auswärtigen Amt empfohlen, gethan zu haben. Auch verlehrte Tausch keine Pflicht, als er bestritt, Lübeck zu der Intrigue gegen Herrn v. Marckhall aufgerufen zu haben. Als das Schicksal über ihn hereinbrach, da spielte er va banque, er leistete einen Weineld, um sich zu retten. Der Staatsanwalt wendet sich dann zu den Inspirationen der Presse. Wenn ich mich, sagt er, mit einem Journalisten unterhalte, wenn auch in indiskreter Weise, wie der Angeklagte es mit dem Jungen Kraemer gethan, so kann ich dies nicht für eine Inspiration halten, sondern darunter verstehe ich das Ausdrücken meiner Meinung in der Erwartung und Vorwegsetzung, daß die Veröffentlichung in diesem Sinne geschicht. Da

Méme
frou
fact:

Triumph-Seife

Wie sehr die
Beite für
Häute
nach Flauschen

三